

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

liebe Kolleginnen und Kollegen,

es steht ein Haushalt für das Jahr 2020 zur Verabschiebung an, der bemerkenswert ist: z. B. weil er ein noch nie dagewesenes Investitionsvolumen aufweist. Mit etwas mehr als 10 Millionen aus dem eigenen Haushalt erzielt die Stadt Bamberg Investitionen in Höhe von 90 Millionen €; dieses Volumen wird dadurch erreicht, dass unser Finanzreferent mit seiner Mannschaft einen sagenhaft hohen Anteil an Förderungen aufzutut.

Bemerkenswert fand ich heuer auch den Vollzug der Haushaltsberatungen, der in ungewohnt friedlicher Atmosphäre verlaufen ist; es gab offensichtlich mehr finanzielle Spielräume als in früheren Jahren für die kleinen und größeren Wünsche der einzelnen Fraktionen; zusätzliche Wünsche in einer Gesamthöhe von geschätzt einer knappen Million konnten ohne große Diskussion und ohne große Widerrede untergebracht werden.

Zu den bemerkenswerten Sachverhalten des Haushalts 2020 gehört auch der Sonderhaushalt Konversion; der Herr Oberbürgermeister hat aufgezählt, welche Entwicklungen im ehemaligen US-Gelände angestoßen sind oder bereits ihren Gang nehmen; das Bemerkenswerteste dabei, wie dies ohne jede Kreditaufnahme bewerkstelligt werden kann. Wie schafft unser Kämmerer das? Offensichtlich schlagen die Verkaufserlöse auf dem Lagarde-Gelände schlagen unerwartet positiv zu Buche. Es wurden Investoren gefunden, die bereit waren, einen dicken Stapel Scheine mitzubringen. Es gäbe natürlich auch andere Vorgehensweisen im Vollzug der Konversion und gut zahlende Investoren haben zwangsläufig auch eine negative Kehrseite: Wer als Investor einen hohen Preis für eine Baufläche zahlt, der muss, damit es Rendite abwirft, die errichteten Wohnungen hochpreisig verkaufen oder vermieten. Für die Mieter, für den durchschnittlichen Bamberger Bürger oder Bürgerin, ist das keine gute Nachricht. Ihnen wäre viel mehr gedient, wenn diejenigen Investoren ausgesucht worden wären, die mehr günstigen oder sozialen Wohnraum geschaffen hätten. Oder wenn die Flächen im Eigentum der Stadt geblieben wären und dort unsere Stadtbau mehr tätig geworden wäre, die frei ist von Renditezwängen und deshalb viel besser für günstigen Wohnraum sorgen kann. Da wäre freilich weniger Geld in die Stadtkasse geflossen. Von mir und sicherlich einer breiten Bürgerschaft hätten eine solche Politik viel mehr Lob bekommen.

Uns als Bamberger Linke Liste liegt immer besonders am Herzen der soziale Ausgleich, die Stärkung der Teilhabe auch derjenigen BürgerInnen, die mit einem kleinen finanziellen Budget auskommen müssen. Das ist kein Samaritertum von uns, nein, ein ganz normaler Sinn für soziale Gerechtigkeit gebietet dies, und es ist für den Zusammenhalt der Gesellschaft unabdingbar. Damit sage ich Ihnen nichts Neues, zumindest vor 3 1/2 Jahren wußten Sie das noch. Das wußte der CSU-Fraktionsvorsitzende Kollege Helmut Müller, als er sagte: "Kleine Leute kommen [in unserer Politik] kaum vor". "Wir kümmern uns zu wenig ... man muss die Bürger mitnehmen und ihnen das Gefühl ge-

ben, dass sie ernst genommen werden. Das betrifft vor allem die einkommensschwächeren Gruppen." Das wußte unser OB Starke, als er - angesichts des Erstarkens der AfD - sagte, dass „die etablierten Parteien unterschätzt haben, wie viele Menschen sich abgehängt fühlen und abgeschnitten von der sozialen und politischen Teilhabe“.

Diese Erkenntnisse und Bekenntnisse sind beim vorliegenden Haushalt allerdings komplett in Vergessenheit geraten. Sie nahmen die gleiche Schicksal wie die Bedeutung des „S“ in den Parteinamen von „CSU“ und „SPD“. Wenn wir als BaLi eine lächerliche Summe von 7.500 € zur Einführung eines Bamberger Sozialpasses in den Haushalt einstellen wollen, dann wird das von der weit überwiegenden Mehrheit der KollegInnen abgelehnt. Der Kämmerer ist stolz auf ein Investitionsvolumen von 90 Millionen €, von der die Stadt selbst etwas mehr als 10 Millionen aufbringt; aber weniger als ein Tausendstel von diesen 10 Millionen für einen sozialen Zweck können wir uns nicht leisten. Das sind groteske Unverhältnismäßigkeiten. Es ist ein Affront für diejenigen, die sich für sozialen Ausgleich einsetzen und für die Menschen, die darauf angewiesen sind. **Ein solcher Haushalt ist in sozialer Hinsicht gänzlich inakzeptabel.**

Sie werden sich nicht wundern, **dass wir einem solchen Haushalt nicht zustimmen!**